

Von den Herausgebern

С новым годом – Frohes Fest!

Die Redaktion der „Russlandanalysen“ geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russlandanalysen 86 – erscheint am 19. Januar 2006. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir Beiträge zur Krise des Liberalismus in Russland, zur Gesellschaftskammer, zu Sozial- und Gesundheitspolitik sowie zur Außenpolitik.

Jetzt wünschen wir unseren Lesern aber zunächst ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Russland richtig lesen

Dmitri Trenin, Carnegie Zentrum, Moskau

Zusammenfassung

Die aktuelle politische Situation Russlands wird allzu oft missverstanden. Tatsächlich ist der Grundzug des heutigen Systems die Tatsache, dass das Amt des Präsidenten die einzig funktionierende Institution ist. Immerhin ist Russland heute zwar undemokratisch, doch weitgehend frei. Es ist die Freiheit der Religionsausübung, die Freiheit, Geld zu verdienen und sich im Lande zu bewegen, die das Land vorantreiben. Politik ist jedoch das eine Gebiet, das heute unfrei ist. Gegenwärtig gehört die russische Politik einer engen und von sich selbst eingenommenen Elite. Das Land wird in der nächsten Zukunft wohl kaum eine politische Revolution durchmachen, aber es befindet sich dennoch in raschem Wandel. „Citoyens“ sind noch nicht in Russland angekommen, aber Konsumenten sind schon da. Und der fundamentale kulturelle Wandel besteht darin, dass Russland, einst ein Ausbund an Kollektivismus, privat wird. Insofern besteht auf lange Sicht durchaus Anlass zur Hoffnung. Eine effektive westliche Russlandpolitik braucht daher Pragmatismus und Geduld.

Gefährliche Fehler

Vor zwanzig Jahren initiierte Generalsekretär Michail Gorbatschow eine Politik von Perestroika und Glasnost, die letztlich den Kalten Krieg beendete. Heute macht sich eine erneute Abkühlung in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen bemerkbar. In dem Moment, in dem Wladimir Putin sich anschickt, die Präsidentschaft der G 8 zu übernehmen, wächst die Kritik, er führe Russland in die falsche Richtung. Gerade diejenigen, die Putin im Jahr 2000 als einen Mann bezeichneten, mit dem man Geschäfte machen könne, hegen jetzt Zweifel an ihm; diejenigen, die einst von ihm fasziniert waren, rügen ihn jetzt öffentlich. Putin schlägt seinerseits zurück, indem er den Westen beschuldigt, Russland schwächen und zerstückeln zu wollen. Die westliche Politik gegenüber Russland ist konfus, wohl vor allem weil der Westen desillusioniert ist, aber auch deshalb, weil profunde missverstanden wird, was das heutige Russland ist und wohin es geht. Die verfü-

baren Bewertungen Russlands kratzen kaum an der Oberfläche und haben entweder eine zu kurzfristige Perspektive oder sind politisch motiviert. Das sind ernste und potentiell gefährliche Fehler. Eine effektive westliche Russlandpolitik erfordert eine genaue, kühle und leidenschaftslose Darstellung von grundlegenden Entwicklungen im Lande.

Jelzins Demokratieersatz

Nach ihrem Abschied vom Kommunismus in den neunziger Jahren griffen die meisten Nationen fast instinktiv auf ihre direkte vorkommunistische Vergangenheit zurück. Auch Russland griff auf den Zarismus zurück, obwohl das nicht sofort offensichtlich war. Boris Jelzin verbot die Kommunistische Partei, löste die Sowjetunion auf, war dem Westen gegenüber freundlich, tolerierte eine offene Debatte und privatisierte die Wirtschaft. In Washington und den europäischen Hauptstädten erhielt er einen Vertrauensvorschuss, und sein Antikommunismus wurde

als Surrogat für Demokratie gewürdigt. Das Bild, das Russland in den neunziger Jahren der Außenwelt präsentierte, war jedoch stark verzerrt. Russland war ohne Zweifel in jeder Hinsicht – sowohl im Gut wie im Schlechten – freier als jemals zuvor. Das Parlament war sehr aktiv, aber im Wesentlichen machtlos. Die elektronischen Medien kritisierten zwar ganz selbstverständlich Behörden und Regierung, waren aber im Besitz einer Handvoll Menschen, die als Oligarchen bezeichnet wurden, und hingen von Geschmack, Interessen und Schicksal ihrer Besitzer ab. Es wurde den Oligarchen gestattet, die besten Anteile der Wirtschaft zu privatisieren; in geheimem Einverständnis mit den Spitzen der Bürokratie übernahmen sie lebenswichtige Teile des Staates. Jelzins Wahlsieg im Jahre 1996 und seine Machtübergabe an Putin, wie ein König an seinen Kronprinzen, sagen uns mehr über sein Regime der Wahlmonarchie als fast alles andere.

Putin - der moderne Zar

Es wäre also ein Fehler, Jelzins eine Hochglanzreputation zu verpassen, um dann Putin als Renegaten zu brandmarken. Putins Regime ist offen zaristisch, ein Begriff, der präziser ist als „autoritär“. Letzterer Terminus beschwört das Bild einer traditionellen Diktatur herauf, die es erreicht, dass „die Züge pünktlich fahren“. Das definierende Element im heutigen Russland ist, dass das Amt des Präsidenten, oder genauer gesagt, der Präsident als moderner Zar, die einzig funktionierende Institution ist. Putins Duma ist der von Nikolai II. sehr ähnlich, fügsam und lenkbar; auch viele seiner Gouverneure sind wie die Generalgouverneure Nikolais II. Der heute praktizierte Kapitalismus hängt von Behörden und Regierung ab und spielt in der Politik keine unabhängige Rolle. In der Tat geht die Politik in Russland heute von Hofe aus und ist im Wesentlichen byzantinisch; allerdings bedeutet dies kein Rollback der Demokratie im Vergleich zur Ära Jelzin. Jelzin mag zwar Russlands erste demokratische Konstitution verfügt haben, aber in Wahrheit war er die eigentliche Verfassung, solange er regierte. „Zar Boris“ interessierte sich nicht für den Aufbau von Institutionen, sondern nur für den Erhalt seiner Position als oberster Schiedsrichter. Demzufolge zerstört Putin keine demokratischen Institutionen, die es von vornherein nie gegeben hat; er ist der Oberbürokrat, der eine riesige Regierungsbürokratie kontrolliert und der keinen Bedarf und offen gesagt auch keine Möglichkeit für demokratische Institutionen sieht.

Der Vergleich mit der Herrschaft der Zaren ist eine sehr schlechte Nachricht für Optimisten, die erwarten, dass Russland ein zweites Polen wird, oder wie das

Nachkriegsdeutschland seine Vergangenheit gründlich aufarbeiten wird. Der Zaren-Vergleich ist jedoch genauer als die gebräuchliche Charakterisierung als neosowjetisch. Wenn das heutige Regime zaristisch genannt wird, bedeutet dies natürlich nicht, dass es zwischen dem Russland von 2005 und dem von 1913 keine Unterschiede gibt, es bedeutet aber sehr wohl, dass Russland in seiner geschichtlichen Entwicklung wieder ungefähr dort angelangt ist, wo alles anfang schief zu gehen, und dass es die Chance hat, es dieses Mal besser zu machen.

Ein Neuanfang

Russland muss seine tragische Geschichte nicht noch einmal durchmachen. Die innenpolitische und die globale Lage sowie das Geschichtsbewusstsein seiner Bevölkerung sprechen alle für eine bessere Zukunft. Ein Beobachter, der genau hinschaut, würde sagen, dass Russland in der Hinsicht Westeuropa –ähnlich ist, da es selber und stufenweise wirtschaftliche, soziale und politische Fortschritte machen muss, anders als Mitteleuropa, das dank der Mitgliedschaften in NATO und EU glücklicherweise einige dieser Stufen überspringen konnte. Diese Unterscheidung bedeutet, dass wir die demokratische Begrifflichkeiten sorgfältiger gebrauchen müssen, wenn wir über Russland sprechen.

Überall im Westen ist die Demokratie ein spät geborenes Kind des Kapitalismus gewesen, da sie eine Mittelklasse erfordert, die sich ihrer selbst bewusst, fest verwurzelt ist und floriert. Dies kann nur durch eine erfolgreiche und nachhaltige kapitalistische Entwicklung erreicht werden. In Russland geht derzeit eine solche Entwicklung vor sich, dieser Prozess braucht aber Zeit. Die Demokratie kann in einem Land nur konsolidiert werden, wenn ein Großteil seiner Gesellschaft einen Lebensstandard hat, der wesentlich über dem Existenzminimum liegt. Sonst wird der Versuch, eine demokratische Regierung zu installieren, zu Populismus führen.

Demokratie und Freiheit

Wir müssen auch zwischen Demokratie und Freiheit unterscheiden. Die Freiheit kommt zuerst und bereitet *qua* Kultivierung von Verantwortung den Boden für ein demokratisches Gemeinwesen vor. Selbst jetzt ist Russland, obwohl undemokratisch, weitgehend frei. Es ist die Freiheit der Religionsausübung, die Freiheit, Geld zu verdienen und sich im Lande zu bewegen, die das Land vorantreiben: Die Freiheit bevorzugt diejenigen, die aktiv sind. Die Politik ist jedoch das eine Gebiet, das heute unfrei ist. Gegenwärtig gehört die russische Politik einer engen

und von sich selbst eingenommenen Elite. Das antiquierte Regierungssystem, Regierung durch Bürokratie, ist sowohl verschwenderisch wie funktionsgestört. Wenn Russland sich auf dem Pfad der Demokratie vorwärts bewegen soll, müssen sich seine Führer darüber einig sein, wer was besitzt, wer die Regeln macht und wie die Regeln geändert werden können. Die Implementierung dieser Grundvoraussetzungen wird keine Demokratie im Land einführen, würde aber dazu beitragen, Freiheiten zu institutionalisieren und zu einer wirklichen konstitutionellen Autorität des Gesetzes führen.

Mit anderen Worten: Die vorrangige Aufgabe besteht darin, das heutige zaristische Russland in eine moderne Version europäischer Monarchie zu verwandeln, die eine konstitutionelle Regierungsform angenommen hat, die zwar noch keine Demokratie ist, aber einen enormen Schritt vorwärts tut. Nur Kräfte, die hinter einer liberalen Agenda stehen, sind imstande, dies zu vollbringen. Hat aber Russland solche Kräfte und wer sind sie? Beamte und Propagandisten des Kreml zitieren gerne die bequeme Maxime des 19. Jahrhunderts, dass in Russland die Regierung der einzig wahre Europäer sei. Der selbstzufriedene Konservatismus von Herrschern und loyalen Eliten ist jedoch im Wesentlichen steril. Auf der einen Seite haben die, die das 20. Jahrhundert durch das Tor des 19. Jahrhunderts verlassen, anderen wenig anzubieten. Polittechnologie ist nicht dasselbe wie solide Politik, und dem Pragmatismus fehlt per Definition ein Richtungssinn. Auf der anderen Seite hat sich der traditionelle Liberalismus der Reformer aus der Intelligenzija im Großen und Ganzen verbraucht. Die respektierten Persönlichkeiten und einstmaligen Hoffnungsträger der neunziger Jahre spielen nicht mehr mit (und haben das, offen gesagt, seit Jelzins Abgang nicht mehr getan).

Chancen für einen nüchternen Liberalismus?

Eines ihrer Grundprobleme ist, dass man ihnen unterstellt, dass sie an nationalen Dingen desinteressiert seien, dass die Begriffe Liberalismus und Patriotismus im heutigen Russland sich gegenseitig ausschließen. Diese Perzeption, die in den postkommunistischen und postsowjetischen Ländern wahrhaft einzigartig ist, war für Russlands erste liberale Reformer extrem abträglich. Jetzt besteht Bedarf für eine Art nüchternen Liberalismus, der für Freiheit, Reform und den russischen Nationalstaat steht. Im Prinzip kann diese Art Liberalismus in den Reihen der neuen Bourgeoisie und der aufstrebenden städtischen Mittelklasse entstehen. Einer Studie des INDEM-Instituts von 2005 zufolge russische zahlen

Geschäftsleute jährlich geschätzte 316 Milliarden US-Dollar an Bestechungsgeldern. Es ist kaum zu erwarten, dass sie eine solche Last *ad infinitum* tragen werden, umso mehr, da Bestechungen nicht immer die erwünschten Resultate erbringen. Irgendwann werden Geschäftsleute wahrscheinlich anfangen, sich zu organisieren, zuerst auf lokaler Ebene, um ihre Forderungen effektiver durchzusetzen und sicherzugehen, dass Verantwortung übernommen wird. Ebenso werden Menschen, die in bessere Häuser oder neuere Wohnungen umziehen, allmählich über ihre Türschwelle hinaus schauen, um sich um die soziale und politische Umgebung zu kümmern, in der sie leben. Eine Basisorganisation der Gesellschaft, zusammen mit einer neuen Rolle für die Wirtschaft, könnte die Grundlage für einen bedeutenden sozialen und letztendlich politischen Wandel werden. Ein solcher neuer Liberalismus wird nicht von der Intelligenzija gelenkt werden und wird bisweilen grob und antiintellektuell erscheinen. Es wird ihm weniger um soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte zu tun sein und mehr um *good governance*, verantwortungsbewusste Regierungsführung. Im Laufe der Zeit könnte er jedoch das einzigartige Kunststück vollbringen, liberale und nationale Werte zu vereinigen und damit das Monopol der Konservativen und Reaktionäre auf Patriotismus zu untergraben.

Ist dies nur eine Hypothese oder sind diese Kräfte wirklich im Entstehen begriffen? Es wird soviel über Putins Russland geschrieben (im Grunde über den Kreml und die Bürokratie), dabei wird der Rest des Landes oft übersehen. Seitdem Gorbatschow die Energie von Menschen, die durch das sowjetische kommunistische System gebunden worden war, befreit hat, ist die Wirkung des Kreml auf das Land ständig kleiner geworden. In anderen Worten ist der Kreml innenpolitisch immer noch unangefochten, aber weniger und weniger relevant. Selbst wenn die Ein-Mann-Herrschaft höchstwahrscheinlich weiterhin bestehen bleiben wird und dabei vielleicht nur allmählich zu einer konstitutionellen Monarchie (der Vorläuferin einer repräsentativen Demokratie) heranreifen wird, wird es die Wirtschaft und nicht die Politik sein, die diesen Prozess vorantreibt.

Russlands Geldrevolution und die Entstehung einer Mittelklasse

Russland hat eine ungebremte Wirtschaftswelt und nicht eine freie Marktwirtschaft, aber definitiv ein kapitalistisches System. Die jüngste russische Revolution ist eine Revolution des Geldes gewesen. Ihre Errungenschaften sind jetzt gesichert: Privatbesitz, Privatwirtschaft und das Geld an sich

sind in Russland zu unumkehrbaren Fakten geworden. All dies existierte nicht in der Sowjetunion des Jahres 1985, als Gorbatschow das begann, was er als bloße Erneuerung des Systems ansah. Das russische Wirtschaftsklima ist immer noch schwierig, aber das Land ist prinzipiell wirtschaftlich auf dem richtigen Weg, auch wenn sein Kurs ziemlich regellos ist. Westliche Kritiker haben Putin beschuldigt, bei der Verhaftung von Russlands reichstem Mann, Michail Chodorkowski, aus politischen Motiven das Recht selektiv anzuwenden. Ironischerweise war aber die Verhaftung Chodorkowskis genau das, was die übrige russische *business community* sich von Putin erhoffte. In anderen Worten, wenn man keine Machtpolitik betreibt, ist man sicher. Eine universelle Anwendung des Rechts würde höchstwahrscheinlich dazu führen, dass alle Geschäftsleute (wie auch die gesamte Regierungsbürokratie) im Gefängnis landen würden. Natürlich haben die Aktionen des Kreml als Antwort auf die von Kreml wahrgenommene Herausforderung Chodorkowskis nicht nur zur Zerstörung der am besten gemanagten Firma Russlands geführt, sondern auch zu einem beträchtlichen Verlust an Vertrauen der Wirtschaft und einem selbst für Russland präzedenzlosen Anstieg der Korruption.

Das Leben geht weiter ...

Jedoch geht das Leben weiter, wie ein Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen Anfang 2005 andeutet. Nicht alle Oligarchen sind im Gefängnis oder im Exil. Einer Schätzung zufolge besitzen gerade einmal 22 Menschen ungefähr 40 Prozent der russischen Wirtschaft – eine winzige Zahl, verglichen mit den Vereinigten Staaten zu Anfang des letzten Jahrhunderts. Russlands offizielle Zahl von Dollarmillionären ist mit nur 88.000 wahrscheinlich zu tief gegriffen. Trotz der skandalösen Konzentration von Reichtum in den Händen einiger Weniger mit guten Beziehungen geht es bei dem russischen Kapitalismus nicht nur, oder nicht einmal primär, um die Oligarchen. Ganz Russland (144 Millionen Einwohner) ist nicht Moskau oder St. Petersburg (10 bzw. 5 Millionen Einwohner), aber jede Provinzhauptstadt in Russland ist eine Art Moskau für ihre Umgebung. Alle sind von tausenden von neu gebauten teuren Datschen umgeben, alle haben Verkehrsstaus (nur teilweise schlechter Fahrweise und mangelnder Parkdisziplin geschuldet) und alle haben Läden, die rund um die Uhr Waren verkaufen, für die es einen Markt gibt. Darüber hinaus ist dieser Markt dabei zu expandieren. Der Freedom-House-Index räumt Russland auf der Demokratieskala einen sehr niedrigen Platz ein, aber der „IKEA-Index“ (so genannt nach der schwedischen Möbelhauskette) ent-

hüllt eine ganz andere Dimension. Riesige IKEA-Läden für Möbel und Heimzubehör verbreiten sich von Moskau aus in fast alle größeren Städte im Lande.

Russland wird in der nächsten Zukunft kaum eine politische Revolution durchmachen, aber es befindet sich inmitten einer Einzelhandelsrevolution. Obwohl dies keinen Triumph der Demokratie verspricht, gibt es doch vielen Menschen eine sehr reale Wahlmöglichkeit. „Citoyens“ sind noch nicht in Russland angekommen, aber Konsumenten sind schon da. Millionen gewöhnlicher Russen üben ihr Recht aus, im expandierenden Markt zu wählen. Zum Beispiel landen Flugzeuge voller [russischer] Geschäftreisender täglich in London, Zürich und Genf; hunderte tausende Russen, in der Meinung, sie hätten die Krim als Ferienziel verloren, entdecken erneut das Mittelmeer, oder, was die Einwohner Sibiriens und des [russischen] Fernen Ostens betrifft, das Gelbe Meer. Von den 6,5 Millionen Russen, die 2004 ins Ausland reisten, fuhren 1,5 Millionen in die Türkei und ungefähr je 1 Million nach Ägypten und China. Alle diese Menschen sind Teil eines Russlands jenseits von Putin – eines Russlands, das wachsen und sich weiterentwickeln wird, auch wenn Putin nicht mehr an der Macht ist.

Der fundamentale kulturelle Wandel besteht darin, dass Russland, einst ein Ausbund an Kollektivismus, privat wird. Mehr und mehr ist man nicht auf Russlands Raketenstreitkräfte, Ballettheater und riesige Dammbauprojekte stolz, sondern auf das eigene Haus, das Auto und auf die Schulen, auf die man seine Kinder schickt. Selbst im Sport ergeht es den Tennisspielerinnen im Dameneinzel besser als den großen Eishockeymannschaften. Russische Tennisspielerinnen waren im August 2005 auf vier der obersten 10 Ranglistenplätze der World Tennis Association. Der grundlegende Unterschied ist die Entstehung einer Mittelklasse, die aus selbstbewussten Individuen besteht und die im Laufe der Zeit zum Fundament des russischen Demos werden. Die Basis der Demokratie in Russland werden Steuerzahler sein, nicht Dissidenten oder Straßendemonstranten.

Ein Wandel der Werte

Natürlich unterscheidet sich Russlands jetziges Wertesystem von dem der heutigen Vereinigten Staaten oder Westeuropas (trotz der Unterschiede zwischen diesen beiden), aber die bestehende Wertekluft ist sozioökonomischer und historischer und nicht, wie zu Sowjetzeiten, ideologischer Natur. Laut Jegor Gaidar (in seinem Buch von 2005 „Dolgoe Wremja“ [„Lange Zeit“]) ist Russland während der letzten zwei Jahrhunderte, gemessen am Bruttoinlandsprodukt

(BIP) pro Kopf, 40 bis 60 Jahre hinter den führenden westlichen Nationen hinterhergehinkt. Viele Aspekte des heutigen Russland könnten besser verstanden werden, wenn man sie mit der Realität von Europa nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichen würde, wie zum Beispiel mit der Politik in Frankreich oder der Wirtschaft in Italien.

Geschäftliche Werte sind auf dem Vormarsch, während kriegsrische Werte auf dem Rückzug sind. Selbst das Auftauchen der so genannten Silowiki (Mitglieder von Putins Entourage, die aus dem Militär oder, häufiger, aus den Sicherheitsdiensten kommen), die etwas überbewertet und oft missverstanden werden, verzerrt diesen Prozess eher als dass es ihn blockiert. Da die meisten Silowiki Ex-Mitarbeiter der Sicherheitsdienste und nicht z.B. Ex-Militärs sind, ist ihr Ethos ironischerweise eher individualistisch als kollektivistisch. Innerhalb des Sowjetsystems waren wenige Menschen weniger ideologisch und mehr pragmatisch als der Auslandsarm des KGB. Diese Qualitäten und nützliche Beziehungen erklären den wirtschaftlichen Erfolg von so vielen von ihnen. Der Aufstieg der Silowiki hat nicht zu einer Wiedergeburt des nationalen Sicherheitsstaates geführt, sondern zur Korruption derjenigen, die an die Spitze gelangt sind. Während sie damit beschäftigt sind, Tranchen des Budgets zu ihren Gunsten aufzuteilen, verschlimmert sich die Misere der Streitkräfte immer mehr, und die Qualität der Mitarbeiter der Sicherheitsdienste (und ihre Effektivität) verschlechtert sich zusehends.

Außenpolitik: Russlands Geschäft ist Russland

Das Russland von heute ist eher post- als neoimperialistisch. Die Reichweite der effektiven Außenpolitik ist auf den Raum der ehemaligen Sowjetunion beschränkt. Russland zieht sich nicht aus seinen Nachbarländern zurück, aber die Art seines Engagements ändert sich. Es behandelt die neuen Länder mehr und mehr als vollwertige Staaten denn als Teile des lange überholten Ganzen und folgt selbst spezifischen Nationalinteressen. Dabei werden imperialistische Illusionen aufgegeben werden (zur Erleichterung der Nachbarn), zusammen mit dem System von imperialen Präferenzen (zu ihrer Bestürzung). Russland wird seine wirtschaftliche Expansion fortsetzen, die aber von Konzernen (von denen einige im Staatsbesitz sind) vorangetrieben werden wird, die konkrete Interessen verfolgen, und daher nicht territorial agieren. Laut dem oft zitierten Leitspruch Alexanders III. waren die einzig wahren Alliierten Russlands im 19. Jahrhundert seine Armee und seine Marine;

seine Alliierten heute sind Öl und Gas – solange die Preise hoch bleiben.

Da Russland den großen Zentren internationaler Macht – den Vereinigten Staaten, der EU, China, Indien und Japan – wie auch der amorphen und turbulenten muslimischen Welt nahe ist, muss Moskaus Außenpolitik, so glauben es ihre Architekten, multidirektional sein. Was die Europäische Union (den nahen Westen) betrifft, ist das Ziel Kooperation, nicht Integration. Russland erhofft sich eine lose Assoziation mit der EU, mehr oder weniger auf der Grundlage der Gleichberechtigung, aber dies könnte allzu optimistisch sein. Die Idee eines EU-Beitritts ist zu weit hergeholt und hat wenig Unterstützung in Russland und praktisch gar keine in der EU. Auf lange Sicht könnte jedoch eine partielle Integration außerhalb formeller Institutionen zustande kommen. Eine weitere wichtige Frage auf der EU-Agenda der russischen Regierung ist die Lockerung der Visabestimmungen für russische Reisende nach Westen. Russlands Beziehungen zu seinen NATO-Nachbarn werden demilitarisiert. Ein Krieg zwischen Russland und Deutschland ist heute so undenkbar wie ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich. Es kann jedoch keine volle Versöhnung zwischen Russland und dem Rest Europas geben, solange die Geschichte zwischen Moskau, auf der einen Seite, und den baltischen Staaten und Polen, auf der anderen Seite, nicht mit Ruhe behandelt wird. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten werden durch ein ziemliches Maß an Desillusionierung, Misstrauen und sogar Feindseligkeit gekennzeichnet. Es gibt keine Aussicht, dass Russland Juniorpartner oder formaler Verbündeter der Vereinigten Staaten wird. Moskau erkennt jedoch stillschweigend die Vorrangstellung der Vereinigten Staaten an und sucht keine Konfrontation mit ihnen. Russland sieht die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten vor allem aus dem Blickpunkt dessen, was die Vereinigten Staaten zu den Modernisierungsbestrebungen Russlands beitragen können, mit Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation ganz oben auf der Liste. Der Kreml nimmt Aktivitäten der Vereinigten Staaten in den neuen Staaten der ehemaligen Sowjetunion übel, daher kann man erwarten, dass Russland an Belarus festhalten und helfen wird, die Vereinigten Staaten zu verdrängen, es ist sich aber im Klaren darüber, dass es das Vakuum dort nicht vollständig füllen kann. Somit ist Russlands USA-Politik eine Kombination von Modernisierungshilfe, begrenzter Partnerschaft und lokalisiertem Wettbewerb.

Russlands aktuelle Annäherung an China erscheint angesichts abgekühlter Beziehungen zu, EU und den

Vereinigten Staaten, den herabgesetzten Erwartungen, logisch. China und Russland sind Nachbarn und haben eine Reihe gemeinsame Interessen, vor allem wirtschaftlicher Natur. Natürlich sollten die gemeinsamen Militärmanöver des Jahres 2005 und die gemeinsame Haltung gegen eine fortgesetzte Militärpräsenz der Vereinigten Staaten in Zentralasien eine Botschaft an Washington schicken. Aber die Botschaft, die ankam, war, dass Moskau seine strategische Unabhängigkeit und seinen Wunsch, ernster genommen zu werden, demonstrieren wollte. Trotz neuer Befürchtungen wird Russland China nicht als neuen Verbündeten und Mentor annehmen. Auch wenn die Beziehungen zwischen beiden Ländern enger werden, bleiben sie doch sensibel, wobei kein Partner dem anderen in seiner Politik erste Priorität zumisst.

Westliche Interessen: der Weg nach vorne

Westliche Beziehungen zu Russland können nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Integration definiert werden, einer Integration, wie sie traditionell begriffen wird, das heißt, Russland nach und nach in das System der westlichen Institutionen einzubeziehen. Hierfür gibt es weder eine besondere Nachfrage auf der russischen Seite noch ein ausreichendes Angebot auf Seiten von USA oder EU. Die NATO und die EU, die mit Hinblick auf die Länder Ostmitteleuropas so erfolgreich eingesetzt wurden, werden im Fall Russlands untätig bleiben müssen. Der berühmte „doppelte Integrationsaufzug“ kann Russland nicht an Bord nehmen, da westliche Institutionen hierfür einfach nicht die Kapazitäten haben. Mit dem einheimischen russischen Kapitalismus könnte es jedoch klappen. Russland, kulturell und geographisch europäisch, aber nicht westlich, kann paradoxerweise westlich werden (bezüglich erster Prinzipien wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Organisation), aber nicht europäisch (wenn Europa als EU-Mitgliedschaft definiert wird).

Wenn die Regierungen der USA und der EU sich auf ihre Interessen konzentrieren, müssen sie realistisch sein. Russland entwickelt sich nicht so wie einige der ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten und es gibt keine revolutionäre Abkürzung auf dem Weg zu einer vollwertigen Demokratie. Daher sollten westliche Regierungen und Japan eine langfristige Sicht der Dinge annehmen. Eine Fixierung auf 2008, das Jahr von Russlands nächster Präsidentenwahl, ist nur sinnvoll, wenn es die Möglichkeit einer radikalen Machtverschiebung zugunsten des Westens im Kreml gibt. Dies ist jedoch sehr unwahrscheinlich, und Putins Nachfolger wird vermutlich westliche Kanzleien nicht mehr erfreuen als Putin.

Wenn sie realistisch mit Russland umgehen wollen, müssen die USA und die EU zwischen dem unterscheiden, was sie beeinflussen können und was nicht, was dazu beitragen würde, sowohl unnötige Verzweiflung als auch fragile Illusionen zu eliminieren. Der Westen muss einsehen, dass seine mächtigsten Instrumente im Hinblick auf Russland nicht die Fähigkeit ist, den Königsmacher an der Spitze zu spielen, sondern menschliche Kontakte aller Art auf allen Ebenen, vor allem unter der jüngeren Generation. Die Schaffung von mehr Stipendien für russische Studenten, sowohl im In- als auch im Ausland, ist die beste Investition in Russlands Zukunft. Westliche Geschäftsinvestitionen in Russland kommen gleich dahinter auf dem zweiten Platz. Sie sind weniger eine „Hilfe für das Regime“ als ein Mittel, das Land Schritt für Schritt durch die Einführung neuer Technologien und einer neuen Manager- und Wirtschaftskultur zu transformieren. Es muss betont werden, dass der kulturelle sehr viel wichtiger als der finanzielle Aspekt ist. Trotzdem sollte der Kanal zwischen westlichen Politikern und dem russischen Präsidenten, wie er auch heißen mag, so weit wie möglich ausgenutzt werden, aber ohne übermäßige Erwartungen. Gipfeltreffen sind kein Ort für Standpauken und Litaneien, sondern ein einzigartiges Mittel für konkrete Verständigung auf oberster Ebene und für ernsthafte Kompromisse. Jeder Herrscher im Kreml ist in seinem Lande einsam und nur die Präsidenten und Premierminister der großen Weltmächte, angefangen mit den Vereinigten Staaten, sind ihm gleichgestellt. Dieser Kanal funktioniert am Besten, wenn auf beiden Seiten Vertrauen vorhanden ist.

Pragmatismus und Geduld

Der Westen muss im Umgang mit den verschiedenen Unzulänglichkeiten, die es in Russland sieht, praktischer sein. Den Menschenrechten in Russland z.B. wäre sehr viel eher geholfen, wenn spezifische Programme ausgehandelt würden, um die Bedingungen in russischen Gefängnissen zu verbessern und den Professionalismus von Richtern und Polizisten anzuhoben, als zum x-ten Male pro forma eine gerichtliche *cause célèbre* zur Sprache zu bringen. Genauso sollten, was Tschetschenien betrifft, allgemeine Appelle „Grausamkeiten zu beenden“ durch den ehrlichen Willen, sich zu engagieren und ernsthafte Vorschläge zur Verbesserung der Lage ersetzt werden. Dies ist keine Wohltätigkeit: Sollte sich die Lage im Nordkaukasus verschlechtern, wird dies außer Russland weitere Länder betreffen. Kritik jeder Art hat sehr viel mehr Chancen ernst genommen zu werden, wenn die russische Regierung sich darüber im Klaren ist, dass diese

Kritik ohne Hintergedanken, mit angemessenem Verständnis für das russische Dilemma und flankiert von durchführbaren Vorschlägen, geübt wird.

Vor allem müssen sich Europa und die Vereinigten Staaten in Geduld üben. Natürlich ist das, was während der Wahlen von 2007 und 2008 passieren wird, von großem Interesse und sollte nicht ignoriert werden. Westliche Führer müssen russischen Entscheidungsträgern klar machen, wie wichtig es ist, dass der Kreml sich an Buchstaben und Geist der russischen Verfassung hält, wenn Putins Amtszeit im Jahre 2008 ausläuft. Dies wird ausschlaggebend für die weitere Akzeptanz der Legitimität der russischen Führung in In- und Ausland sein. Sollte sich der Kreml, unter welchem Vorwand auch immer, für eine dritte Amtszeit des Amtsinhabers entscheiden, wird die Legitimität des gesamten politischen Systems in Russland selbst untergraben werden, was den Weg bereiten wird für eine größere Krise, die irgendwann mit unvorhersehbaren Konsequenzen beginnen kann.

Westliche Regierungen müssen jedoch auch das Jahr 2020, oder besser noch 2030, im Blick haben. Ein neuer russischer Kapitalismus wird dann erwachsen werden, während das internationale System sich daran anpassen wird, dass Chinas Bruttoinlandsprodukt das Niveau des BIP der USA erreicht, wie auch daran, dass Indien weiter steil ansteigt. Dann wird Russland wahrscheinlich wieder als bedeutender internationaler Akteur im Spiel sein und einen bedeutenden Einfluss

auf Form und Sinn des Weltsystems als Ganzem haben. Das niedrige Profil, das Russland heute bei den politischen Entscheidungsträgern in Washington hat, sollte nicht seine potentielle zukünftige Rolle verschleiern. Zu guter Letzt gibt es mehrere Sachen, die nicht versucht werden sollten. Das Engagement in Russland zu beenden, es „solange das autoritäre Regime andauert“, als Paria-(oder Schurken-)staat zu behandeln, es aus der G8 auszuschließen, oder politisches und wirtschaftliches Containment in Eurasien wird Demokraten in Moskau nicht zur Macht verhelfen und wird dem Kreml nur eine sehr viel kleinere Auswahl von Optionen in In- und Ausland lassen. Umgekehrt bergen ein zu eingehendes Engagement und eine allzu intime Verstrickung in die russische Innenpolitik eigene Gefahren. Der Versuch, zukünftige Kremlführer auszuwählen und aufzubauen ist ein Spiel der Illusionen. Die russische Politik, die immer noch sehr an Personen gebunden und größtenteils intransparent ist, sollte den Russen selbst überlassen werden. Der Westen muss aufhören, darüber nachzudenken, was gut für Russland ist und sollte sich darauf konzentrieren, was gut für den Westen ist. Irgendwann könnte es ein überraschend großes Maß an Übereinstimmung zwischen beidem geben.

Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch:

Matthias Neumann

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Dr. Dmitri Trenin ist Stellvertretender Direktor und Senior Associate am Moskauer Carnegie Zentrum. Der vorliegende Text ist eine adaptierte Version des "Carnegie Endowment's Policy Brief 42".

Lesetipps

D. Trenin: Reading Russia Right. Carnegie Endowment for International Peace. Policy Brief. Special Edition 42 (October 2005) <http://www.carnegie.ru/en/pubs/media/9425pb42.pdf>

D. Trenin: Russland. Die gestrandete Weltmacht, Hamburg: Murmann 2005 (= Neue Strategien und die Wende zum Westen).